

Politische und gesellschaftliche Wirkmächtigkeit von ÖkonomInnen-Netzwerken

Stephan Pühringer

10 Jahre seit dem Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 ist der Neoliberalismus und die facettenreich vorgetragene Kritik am Neoliberalismus Thema öffentlicher und politischer Debatten, akademischer Analysen und nicht zuletzt in Feuilletons und politischen Talk Shows zu finden. So wird von international renommierten AutorInnen ein „*Befremdliches Überleben des Neoliberalismus*“ (Crouch) attestiert, der als „*ideologiefreie Ideologie*“, als „*Untoter*“ weiter lebt (Mirowski) und schrittweise „*die Demokratie zerstört*“ (Brown). In der Analyse neoliberaler Hegemonie wird oft das Zusammenwirken von spezifischem ökonomischen Wissen mit polit-ökonomischen Machtstrukturen thematisiert, das sich in Folge in wirtschaftspolitischen Entscheidungen und individuellen Handlungen gleichermaßen manifestiert: Neoliberalismus wird in diesem breiten Verständnis zu einem Sammelbegriff heterogener gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Trends in ökonomisierten Gesellschaften und somit von VertreterInnen unterschiedlicher Varianten neoliberalen Denkens genüsslich als inhaltsleerer Kampfbegriff linker Intellektueller desavouiert.

So fällt es prominenten Ordoliberalen wie Lars Feld leicht, den deutschen Neoliberalismus als harmlose, weil auf staatliche Ordnungsrahmen pochende Variante vom unregulierten, amerikanischen Finanzkapitalismus abzugrenzen und auf die Bedeutung des ordoliberalen Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft für das deutsche „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegszeit zu verweisen. Demgegenüber ist es aufschlussreich, wenn die von Lars Feld in wirtschaftspolitischen Fragen beratene Angela Merkel im Zuge der Einführung der Schuldenbremse und des Europäischen Fiskalpakts mit implizitem Verweis auf ordoliberale Vordenker eine „marktkonforme Demokratie“ einfordert.

In diesem Beitrag möchte ich daher der Frage der politischen und gesellschaftlichen Wirkmächtigkeit ökonomischen Denkens nachgehen und dabei insbesondere auf die Rolle von personellen und institutionellen Netzwerken eingehen. Während Think Tanks mit einer klar polit-ideologischen Ausrichtung in den USA seit Jahrzehnte großen Einfluss auf politischen und medial Debatten nehmen, nimmt die Bedeutung solcher Institutionen und der darin organisierten ökonomischen ExpertInnen im deutschsprachigen Raum und nicht zuletzt auch in Österreich in den letzten Jahren zu. So ist mit der Gründung der Agenda Austria im Jahr 2013 eine neue Akteurin in wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten präsent, die erfolgreich den kontinuierlichen Verweis auf ökonomische Expertise für polit-ökonomisches Agenda-Setting heranzieht und Interessenspolitik zugunsten ökonomisch Mächtiger betreibt.

Aufbauend auf neueren und älteren Forschungsergebnissen zum Einfluss von ÖkonomInnen auf politische Entscheidungsprozesse und mediale wirtschaftspolitische Debatten soll daher ein eklatantes

polit-ökonomisches Machtungleichgewicht unter einflussreichen ökonomischen ExpertInnen aufgezeigt werden: Es kann also vor allem in Deutschland eine starke Dominanz von neo- bzw. ordoliberalen Interessenskoalitionen bzw. -netzwerken gegenüber alternativen, keynesianischen oder gewerkschaftsnahen Netzwerken konstatiert werden. Somit ist das polit-ökonomische Machtungleichgewicht in der Ökonomik als einer der Grundpfeiler der Persistenz neoliberaler Wirtschaftspolitiken zugunsten ökonomisch Mächtiger zu interpretieren. Darauf aufbauend soll hier auf Basis von personell-institutionellen Netzwerkanalysen aufgezeigt werden, inwieweit solch ein Machtungleichgewicht auch in Österreich besteht.